

INFO	ACTION
ADMINISTRATION	LANDSCHAFTSVERBAND RHEINLAND
ADDICTION	
16. MAI 2006 PR	
POSITIVE HEALTH	
SOCIAL AND ENVIRONMENTAL	
SANCO 174	



SS Brey

ACTION

Dezernat 8
Gesundheit, Heilpädagogische Netzwerke
Amt für Planung und Förderung

Datum und Zeichen bitte stets angeben

03.05.2006
84.00

Europäische Kommission
Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz
Referat C/2 „Gesundheitsinformation“
L-2920 Luxemburg

DG SANCO n A/490502

15. 05. 2006

Deadline:

File:

DG	DDG	01	02	A	B	C	D	E	F
----	-----	----	----	---	---	---	---	---	---

Herr van Brederode
Tel.: (02 21) 8 09- 6640/6642
Fax: (02 21) 8 09-
Michael.vanBrederode@lvr.de

Grünbuch psychische Gesundheit der Bevölkerung verbessern – Entwicklung einer Strategie für die Förderung der psychischen Gesundheit in der Europäischen Union

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Landschaftsverband Rheinland gehört zu den größten Trägern psychiatrischer Krankenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland, er ist überdies Kostenträger für Maßnahmen der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und Suchtkranke und für die berufliche Eingliederung behinderter Menschen verantwortlich.

Als Kommunalverband sieht sich der Landschaftsverband Rheinland in einer besonderen Verantwortung gegenüber psychisch kranken und behinderten Menschen in der Region Nordrhein mit fast 10 Mio. Einwohnern. In seinen unterschiedlichen Rollen konnte der Landschaftsverband Rheinland in den letzten drei Jahrzehnten wichtige Impulse für die Reform der psychiatrischen Versorgung leisten.

Der LVR begrüßt, dass das Grünbuch die hohe Relevanz von Fragen der psychischen Gesundheit der Bevölkerung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Mitgliedsstaaten herausstellt. Psychisch Krankheiten und Behinderungen stellen ein quantitativ weit verbreitetes Phänomen dar, das alle Altersgruppen und ein breites Spektrum gesellschaftlicher Gruppierungen betrifft und die sozialen Sicherungssysteme in hohem Umfang fordert.

Die hohe ökonomische und gesellschaftliche Relevanz von Problemen der psychischen Gesundheit macht eine abgestimmte Strategie zur Prävention und Hilfe sowie eine verstärkte Prioritätensetzung in den betroffenen Politikfeldern erforderlich. Vor diesem Hintergrund wird ein verstärktes Engagement der Europäischen Union in diesem Themenfeld begrüßt.

Das vorliegende Grünbuch beschreibt das Problem und die darauf gerichteten präventiven und kurativen Strategien notwendiger Weise zunächst sehr allgemein. In vielen Ländern der

Europäischen Union ist die Entwicklung von Maßnahmen zur Prävention und Behandlung psychischer Erkrankungen bereits weit vorangeschritten. Der Vergleich der Situation in den unterschiedlichen Staaten verweist im Detail auf ein breites Spektrum von erfolgreichen Strategien und Lösungsansätzen.

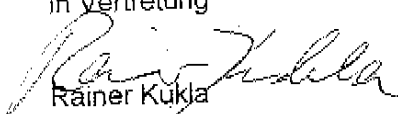
Hier bedarf es u. E. der Etablierung von systematisierten Ansätzen zur Unterstützung eines intensivierten EU-weiten Erfahrungstransfers. Wichtige Ansatzpunkte können hier die verstärkte Etablierung von Verbundprojekten zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten sowie der Aufbau einer EU-weiten Informationsplattform bilden. Eine wichtige Grundlage für einen verbesserten zwischenstaatlichen Austausch bildet in diesem Zusammenhang auch die Vereinbarung von statistischen Kennziffern zur Beurteilung der Prävalenzentwicklung, der Versorgungsdichte, der Effektivität von Maßnahmen etc.

Bei aller Unterschiedlichkeit im Detail bildete die Auflösung der historisch überkommenen psychiatrischen Anstalten und der gleichzeitige Aufbau gemeindepsychiatrischer Versorgungssysteme ein übergreifendes Reformanliegen in verschiedenen Mitgliedsstaaten. Der auf S. 12 des Grünbuchs angesprochene Paradigmenwechsel von anstaltszentrierten zu gemeindepsychiatrischen Versorgungsansätzen ist insofern in vielen Staaten bereits seit längerem vollzogen. Im Rheinland – wie in verschiedenen anderen Regionen Deutschlands – wurde der Weg beschritten, die ehemaligen psychiatrischen Großkrankenhäuser in Kliniken der gemeindepsychiatrischen Versorgung zu konvertieren. Wesentliche Voraussetzungen hierfür bildeten die Verankerung sozial- und gemeindepsychiatrischer Grundorientierungen in den Rahmenkonzeptionen, die Verkleinerung der Versorgungsgebiete, die Differenzierung der therapeutischen Angebote, Schritte zur räumlichen Dezentralisierung der Einrichtungen und die Vernetzung der Kliniken in den regionalen Versorgungssystemen. Die vorliegenden Erfahrungen zeigen, dass die langfristig angelegte reformorientierte Weiterentwicklung ehemaliger psychiatrischer Großkrankenhäuser mit guten Erfolgen umgesetzt werden kann. Psychiatrische Krankenhäuser gehören inzwischen neben psychiatrischen Abteilungen an Allgemeinkrankenhäusern zu den Säulen der wohnortnahen psychiatrischen Versorgung im Rheinland. Als Kompetenzzentren nehmen sie eine wichtige Rolle als Motor für die Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung wahr.

Die in vielen Mitgliedsstaaten verbreitete Krise der sozialen Sicherungssysteme stellt eine ernsthafte Bedrohung der Integration psychisch kranker Menschen dar, soweit Sparprogramme die Qualität der Versorgungsleistungen und Präventionsprogramme bedrohen. Eine wesentliche Zielsetzung der Initiativen auf der Gemeinschaftsebene muss deshalb sein, fachliche und wirtschaftliche Ziele in ausgewogenen Strategien zu integrieren. Die Integration psychisch kranker und behinderter Menschen und die Normalisierung ihrer Lebensbedingungen bildet hierfür eine zentrale Grundlage. Sie ist sowohl fachlich und ethisch geboten als auch wirtschaftlich sinnvoll.

Aus Sicht des Landschaftsverbandes Rheinland sind in den Abschnitten 6 und 7 des Grünbuches wichtige Handlungsansätze angesprochen. Sie bedürfen jedoch der Konkretisierung anhand von Maßnahmeplänen mit niedrigen Zugangsschwellen, die geeignet erscheinen, eine breite Beteiligung in den unterschiedlichen Mitgliedsstaaten zu gewährleisten.

Mit freundlichen Grüßen
Der Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland
In Vertretung


Rainer Kukla
Landesrat

This paper represents the views of its author on the subject. These views have not been adopted or in any way approved by the Commission and should not be relied upon as a statement of the Commission's or Health & Consumer Protection DG's views. The European Commission does not guarantee the accuracy of the data included in this paper, nor does it accept responsibility for any use made thereof.